

Zwischen Programmatisches und Realität

Die GEW – in der Tradition der Lehrerverbände und Gewerkschaften, die sich seit mehr als hundert Jahren für die „gemeinsame Volkserziehung“ und damit die Aufhebung der Klassengrenzen im Schulwesen einsetzen – hält dem gegliederten Schulsystem seit über 20 Jahren als Zielmodell die Integrierte Gesamtschule entgegen. In welcher bildungspolitischen Realität befinden wir uns heute mit dieser Forderung? Klaus-Jürgen Tillmann, Professor am Institut für Schulpädagogik der Hamburger Universität, macht zum Verhältnis von bildungspolitischer Zielsetzung und schulischer Realität drei Vorschläge für die GEW und beteiligt sich an der Kontroverse um die künftige Strategie mit der Empfehlung „Wandel durch Annäherung“.

Das Verhältnis zwischen bildungspolitischen Zielsetzungen und schulischer Alltagsrealität ist kein neues Thema. Eine Anekdote aus der deutschen Schulgeschichte:

In der Weimarer Zeit hatte sich der „Bund der Entschiedenen Schulreformer“ für sein Modell der „elastischen Einheitsschule“ engagiert und dafür öffentlich geworben. Der Patriarch dieser Bewegung war Paul Oestreich. Sehr beeindruckt von seinen Ideen war Anfang der 20er Jahre der Gymnasiallehrer Fritz Karsen. Er nahm das Ganze praktisch und gründete in Berlin die erste Einheitsschule, die „Karl-Marx-Schule“. Daraus ergab sich ein massiver Konflikt mit Paul Oestreich, der etwa sinngemäß erklärte: „Die Einheitsschule ist eine große Idee. Jede Realisierung dieser Idee muß gegenwärtig Mängel und Defizite aufweisen. Deshalb ist es unter den gegenwärtigen Bedingungen unverantwortlich, eine solche Schule zu gründen. Wer es dennoch tut, schadet unserer Bewegung.“ Oestreich setzte sich mit seiner Meinung durch und Fritz Karsen verließ den „Bund der Entschiedenen Schulreformer“. Oestreich wollte sich sein strahlendes Zielmodell durch die alltägliche Realität nicht beschmut-

zen lassen. Die Zielvorstellung blieb dadurch tatsächlich rein, aber die Realität auf diese Weise auch unverändert.

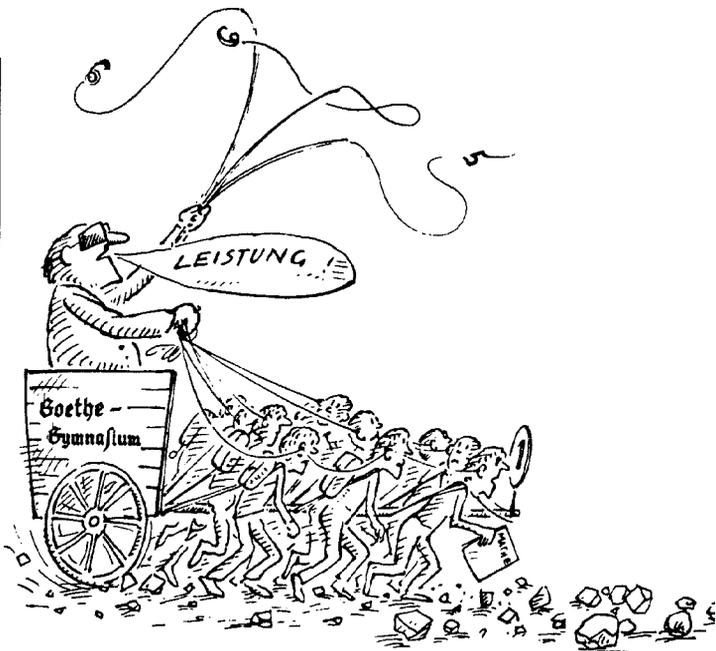
Die Schulreform der 70er Jahre hat da einen anderen Weg beschritten. In der Bundesrepublik gibt es inzwischen etwa 250 integrierte Gesamtschulen, so daß sich das Problem in einer anderen Dimension stellt: Wir müssen zunächst einmal unterscheiden zwischen der „real existierenden“ Gesamtschule und der Gesamtschule unserer Programmatik. Ein weiterer Sachverhalt kommt hinzu: Diese real existierende Gesamtschule ist in vielen Bundesländern – so in Berlin, Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen – Teil eines viergliedrigen Schulsystems geworden. Andere Länder – so das Saarland und wohl auch Schleswig-Holstein – sind auf dem Weg zu dieser Viergliedrigkeit.

Damit ist die Gesamtschule unter den gegenwärtigen Bedingungen zur realen Konkurrenz für die Schulformen des gegliederten Systems geworden. Für eine gewerkschaftlich engagierte Lehrerin in einer Hauptschule, einer Realschule (oder in einem Gymnasium) gibt es damit die Gesamtschule gleichsam in drei verschiedenen Gestalten:

Anfälle von Schizophrenie

- Als Zielmodell, das wir alle hochhalten,
- als real existierende Schule, die wir kritisieren und
- als Konkurrent auf dem Markt der immer knapper werdenden Schüler, die wir manchmal auch, so leid es uns tut, bekämpfen.

Dies ist eine Lage, in der es schwer fällt, bildungspolitisch nicht schizophren zu werden. So entstehen leicht Argumentationsfiguren, deren Fadenscheinigkeiten mit Händen zu greifen sind. Besonders häufig anzutreffen sind sie bei Kolleginnen und Kollegen aus Gymnasium oder Realschule, die mit den Lehrkräften an Gesamtschulen die Empörung darüber teilen, welche unzulänglichen Bedingungen dort gegenwärtig anzutreffen seien – um dann daraus zu folgern: „Selbstverständlich bin ich prinzipiell für Gesamtschule, doch für die Umwandlung meiner Schule in so eine Gesamtschule



kann ich mich nun wirklich nicht einsetzen.“

Doch – wen wundert es – solche Anfälle von Schizophrenie gibt es angesichts dieser Situation auch in den Gesamtschulen: Die Schule für alle zu fordern, aber zugleich Schüler mit Lernschwierigkeiten an die Hauptschule zu verweisen, rechne ich dazu. In die gleiche Kategorie gehört es, die bestmögliche Bildung für alle zu fordern, sich aber zugleich gegen eine Einführung des Faches Arbeitslehre am Gymnasium zu wenden, weil damit ein Konkurrenzvorteil der Gesamtschule egalisiert werden könnte.

An diesen (und anderen) Positionen wird deutlich, daß sich in der Realität des viergliedrigen Schulsystems grundsätzliche bildungspolitische Positionen, Schulforminteressen und unmittelbare Arbeitsplatzinteressen häufig nur sehr schwer miteinander vereinbaren lassen. Wenn das so ist, sollten wir uns in der GEW mindestens um eine klare Analyse bemühen: Wo genau liegen die Widersprüche?

Ich beginne bei der Realität der Hauptschule. Es ist vielfach nachgewiesen, daß diese Schulform die große Verliererin im Verteilungskampf um die Schülerinnen und Schüler ist. Was bedeutet die damit verbundene strukturell-quantitative Verschiebung aus der Sicht einer Lehrerin, die seit 15 oder mehr Jahren an einer Hauptschule tätig ist?

– Die Zusammensetzung der Schülerschaft hat sich kontinuierlich verändert – die Unterrichtsarbeit ist dadurch viel schwieriger geworden.

– Die Hauptschule wird öffentlich zunehmend als Restschule, als „auslaufendes Modell“ bezeichnet. Zugleich überweisen Gymnasien und Realschulen ihre gescheiterten Schüler an diese

Hauptschule, die dann mit den „Rückläufen“ zurecht kommen muß.

– Die Schule wurde Jahr für Jahr kleiner, Kolleginnen und Kollegen (mit denen man vielleicht gut kooperiert hat) sind gegangen, wurden versetzt.

– Seit Jahren ist die Existenz der Schule in Frage gestellt, weil die Anmeldezahlen immer geringer werden. Es ist hohes Engagement bei der Übergangsberatung gefordert, zugleich ist die Zukunftsaussicht unsicher.

– Dies bedeutet zugleich, daß die eigene pädagogische Arbeit, die in den Jahren aufgebauten fruchtbaren Ansätze möglicherweise umsonst waren. Es entstehen Enttäuschungen und Frustration angesichts der Ergebnislosigkeit und mangelnden Anerkennung der eigenen engagierten Arbeit.

Angesichts dieser Situation liegt es auf der Hand, daß die Kollegin fragt: Was tut die GEW?

Und es ist nachvollziehbar, daß Forderungen erhoben werden wie „Die Schulschließungen im Hauptschul-Bereich müssen ge-





stoppt werden!“ und „Die Hauptschule muß durch eine Pädagogik, die auf die Schüler paßt, wieder attraktiver werden!“

Dies läßt sich weiterführen: „Die GEW soll aufhören, immer nur neue Gesamtschulen zu fordern, sondern sich endlich auch mal um die Probleme der Schüler und Lehrer in den Hauptschulen kümmern!“

Drei Vorschläge für die GEW

Aus der beschriebenen Situation heraus sind solche Forderungen verständlich. Daß sie mit der Programmatik der GEW nur in Grenzen übereinstimmen, ist offensichtlich. Innerhalb der GEW sollte darüber allerdings offener und ehrlicher als bisher diskutiert werden. Dazu mache ich drei Vorschläge:

1. Wir sollten schärfer als bisher zwischen den bildungspolitischen Zielvorstellungen und der Diskussion über die reale Situation unterscheiden.

Dies bedeutet einerseits, daß

Marie Marcks übernahm schon früh die karikaturistische Betreuung der Bildungsreform. Zur Frage, in welcher bildungspolitischen Realität die GEW heute die Gesamtschule fordert, einige Klassiker aus „Ich habe meine Bezugsperson verloren“, erschienen 1977.

man die real existierende Gesamtschule kritisieren darf und muß, ohne als Häretiker zu gelten. Dies bedeutet andererseits aber auch, daß die Hauptschule als „auslaufendes Modell“ bezeichnet werden darf (und muß), ohne daß die Hauptschullehrerinnen und -lehrer dies als Herabwürdigung ihrer Arbeit interpretieren.

Und weiter: Dies bedeutet einerseits, daß die schlechte Praxis der benachbarten Gesamtschule nicht als Argument gegen die Zielvorstellung der gemeinsamen Schule für alle ins Feld geführt werden darf. Es bedeutet andererseits, daß ein gelungenes Projekt an einer Hauptschule weder die Schulform legitimiert noch gar die beteiligten Lehrkräfte als Stabilisatoren des gegliederten Systems entlarvt.

2. Es gilt deutlicher als bisher hervorzuheben, daß wir gemeinsam für pädagogische Verbesserungen in allen Schulen und Schulformen eintreten, weil Schülerinnen, Schüler und ihre Lehrkräfte in der Gegenwart darauf einen Anspruch haben.

Auch hinter diesem Vorschlag steckt mein Eindruck, daß in der Diskussion Kategorien und Ebenen zu leicht verwechselt werden; denn daß die GEW für die Gesamtschule und ihre Verbreitung eintritt, darf und kann sie nicht daran hindern, sich um die

Investieren Sie ökologisch

Wenn Sie Geld sinnvoll anlegen möchten, hätten wir einen Vorschlag: Beteiligen Sie sich am Verlag der ökologischen Briefe. Nicht mit einer Spende, sondern als Verlegerin oder Verleger.

Unser Projekt ist eines von denen, die nicht sonderlich viel Wirbel machen, für den ökologischen Fortschritt in diesem unserem Lande jedoch umso wichtiger sind.

Das Verlagsprogramm: Ab Herbst 1989 wird der Verlag drei ökologische Fach-Informationsdienste herausgeben:

1. einen Basisdienst für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, für Verbände, Kirchen, Umweltberater, Bürgerinitiativen und alle ökologisch Interessierten. Inhalt: Die „Briefe“ reagieren auf aktuelle Ereignisse, beschränken sich jedoch auf das Wesentliche: auf ökologische Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsbedingungen. Sie enthalten Erfahrungsberichte, Trendanalysen, nützliche Hinweise, positive Beispiele, und sie stellen Methoden und Arbeitsschritte dar, die zeigen, wie man sich systematisch ökologischen Problemlösungen nähern kann. Und vieles mehr. Erscheinungsweise wöchentlich.

2. einen Spezialdienst für Betriebs- und Personalräte. Inhalt: Gesundheit und Arbeitsplatz. Das ökologische Büro. Arbeitsplatz-Beleuchtung, Belüftung, Schall-

dämmung. Gefährliche Werkstoffe, ungefährliche Produktionsverfahren; und vieles mehr. Erscheint 14tägig.

3. einen Spezialdienst für Kommunalverwaltungen. Inhalt: Alle Aufgabenbereiche kommunaler Umweltpolitik, von der Abwasser-Klärung bis zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Ebenfalls 14tägig.

Hintergrund des neuen Projekts: Die ökologischen Probleme werden größer; im gleichen Maß wächst die Verwirrung der Verantwortlichen. Es werden Mittler gebraucht zwischen denen, die etwas wissen, und denen, die handeln sollen. Zum Beispiel zwischen dem Lehrstuhl für ökologischen Landbau in Kassel/Witzenhausen und dem Landwirtschaftsamt Rottenburg. Oder zwischen der Kienberger Kunststoff-Recycling-GmbH und dem Münchener Arbeitskreis Müll. Oder zwischen dem Verkehrsclub der Schweiz und der Bundesbahn-Hauptverwaltung in Frankfurt.

Diese Mittler sind die „Ökologischen Briefe“. Ab Herbst 1989 kommen sie heraus. Ab sofort müssen sie finanziert werden.

Fordern Sie unseren Beteiligungsprospekt an (2,20 Schutzgebühr + 1,80 Rückporto = 4 DM Kostenersatz erbeten). Darin erfahren Sie weitere Details dieses ziemlich spannenden Projekts.

An den Verlag der ökologischen Briefe
Falkstraße 50, 6000 Frankfurt 90

Coupon

Ich bin an einer Beteiligung interessiert. Bitte senden Sie mir die Beteiligungsunterlagen zu. Schutzgebühr und Rückporto (4 DM) liegen in Briefmarken bei / überweise ich nach Erhalt.

Name _____

Straße _____

Ort _____

Ich kann die Redaktion in folgenden Spezialfragen unterstützen:

pädagogische Arbeit und ihre konzeptionelle wie materielle Verbesserung auch in den anderen Schulformen zu kümmern. Auch hier gibt es den Anspruch auf optimale Lehr- und Lernbedingungen, der Hinweis auf ein Zielmodell kann da nur zu leicht vertröstend wirken.

Allerdings darf diese Arbeit nicht auf eine Verschärfung der Schulformgrenzen hinauslaufen. Nicht die Schulformprofilierung ist gefragt, sinnvoll sind vielmehr pädagogische Konzepte, die auch zwischen den Schulformen ausgetauscht werden können. Als Beispiel seien hier die Überlegungen für eine pädagogische



Die Diskussion um die „Zweigligedrigkeit“ von Gymnasium und Gesamtschule führten Klaus Hurrelmann und Hans-Günter Rolf auch als E&W-Streitgespräch über die Zukunft der Mittelstufe im Juni-Heft 1988.

Neugestaltung der 5. und 6. Klassen genannt (Teambildung, Freie Arbeit etc.). Sie sind für Gesamtschulen genauso wichtig wie für die Schulformen des gegliederten Systems.

3. Wir müssen ehrlicher als bisher anerkennen, daß unsere bildungspolitischen Zielvorstellungen auch Konsequenzen haben müssen – und daß damit Interessenkonflikte angesprochen werden.

Was damit gemeint ist, läßt sich an zwei Beispielen verdeutlichen: Wer eine unterrichtliche Mindestqualität haben will, darf keine einzügigen Sekundarschulen zulassen. Deshalb muß die GEW den Prozeß der Schulkonzentration unterstützen, auch wenn die direkten Arbeitsplatzinteressen einzelner Mitglieder dagegenstehen.

Wer die Gesamtschule langfristig durchsetzen will, muß kurz- und mittelfristig dafür etwas tun. Die GEW muß sich daher dafür einsetzen, daß neue Gesamtschulen eingerichtet werden; und zwar auch dann, wenn es dadurch für die Schulen des gegliederten Systems aufgrund ausbleibender Schüler kritisch werden könnte. Sollte die GEW jedoch nicht

mehr die Kraft finden, diese Konsequenzen der eigenen Programmatik durchzuhalten (und zwar auch im Personalrats-Wahlkampf), wäre es ehrlicher, über die eigene Programmatik zu diskutieren und sie eventuell sogar zu verabschieden.

Damit will ich die „Nabelschau“ verlassen und mich der Frage nach den Perspektiven nach der künftigen Strategie zuwenden.

Kontroverse um die Strategie

Die Diskussion um die Entwicklung der Schulstrukturen in der Sekundarstufe ist in den letzten Monaten wieder in Gang gekommen. Die Ursache liegt in den

immer weitergehenden Verschleibungen innerhalb des gegliederten Schulwesens. Dieser „heimliche Umbau“ des Sekundarschulwesens hat dazu geführt, daß in einigen Städten der Bundesrepublik inzwischen fast 50 Prozent der Kinder das Gymnasium besuchen, während der Hauptschulanteil auf unter 10 Prozent gesunken ist (z. B. Göttingen).

Vor diesem Hintergrund haben Klaus Hurrelmann einerseits* und Klaus Klemm/Hans-G. Rolf andererseits** eine Kontroverse ausgetragen, die auch innerhalb der GEW weite Beachtung fand: Soll das Sekundarschul-System in Richtung auf eine „Zweigligedrigkeit“ (neben dem Gymnasium existiert nur noch die Gesamtschule) weiterentwickelt werden?

Die entscheidenden Argumente gegen diese Zweigligedrigkeits-Strategie wurden von Klemm/Rolf vorgetragen. Mir scheint dabei besonders wichtig, daß eine Übernahme dieses Konzeptes durch die GEW zugleich bedeu-

ten würde, endgültig von der Zielvorstellung einer gemeinsamen Schule für alle Abschied zu nehmen.

Wenn aber die „Zweigligedrigkeit“ in eine reformerische Sackgasse führt, die „Gesamtschule für alle“ per Gesetz auf absehbare Zeit nicht zu haben ist, die vorhandenen Strukturen aber zu immer unerträglicheren Situationen (insbesondere im Hauptschulbereich) führen, was ist dann zu tun? Welche Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung auf eine gemeinsame Schule eröffnen sich denn überhaupt? Mir scheint, daß gegenwärtig nicht der „große Wurf“, sondern nur eine Vielzahl unterschiedlicher – aber gleichgerichteter – Schritte möglich sind, die ich unter die etwas euphemistische Überschrift „Wandel durch Annäherung“ stelle. Dieses Konzept setzt auf eine Addition vieler Einzelmaßnahmen, die sich allerdings an drei gemeinsamen Prinzipien ausrichten:

1. Der umfassende Reformanspruch der integrierten Gesamtschule ist beizubehalten. Wo immer möglich, sollen neue Gesamtschulen eingerichtet werden, verbunden mit intensiven Bemühungen, die Gesamtschule auch pädagogisch weiterzuentwickeln.
2. Die Unterschiede zwischen den bestehenden Schulformen sollen nicht ausgebaut, sondern eingeebnet werden. Profilieren sollen sich die Schulen, nicht die Schulformen.
3. Pädagogische Erfindungen und erfolgreiche Reformen sollen nicht Besitzstand einzelner Schulformen bleiben, sondern insgesamt verbreitet werden.

Was bedeuten diese Prinzipien für die Arbeit im einzelnen?

Auch **Haupt- und Realschulen** sollen am Ende der 10. Klasse alle Abschlüsse ohne Zeitverzug erteilen. Der dazu notwendige fachliche Standard erfordert, daß jede Schule mindestens zweizügig ausgelegt ist. Die Kooperationsformen zwischen Haupt- und Realschulbereich sind auszubauen.

Die **Gymnasien** müssen aus den massiven Veränderungen in ihrer Schülerschaft erhebliche pädagogische Konsequenzen ziehen: Die Leistungsbreite und die unterschiedlichen Schulabschlüsse, die das Gymnasium de facto vergibt, verlangen nach einem System der Binnendifferenzierung. Hier kann und sollte das Gymnasium von Konzepten an Gesamtschulen lernen.

Weil die Mehrheit der Mittelstufenschüler und etwa ein Drittel der Abiturienten nicht in die Hochschule, sondern in den Beruf übergehen, sind curriculare

Konsequenzen zu ziehen: Betriebspraktika, Arbeitslehre für alle, Ausbau des Wahlpflichtbereichs. Und das Gymnasium muß sich trennen von der überkommenen Praxis, angeblich „ungeeignete“ Schüler auf die anderen Schulformen zu schicken. Wer mit der Vergabe des Haupt- und des Realschulabschlusses wirbt, muß auch entsprechende Lernmöglichkeiten anbieten.

Für die **Gesamtschule** gilt in dieser Strategie, daß wir sie weiterhin deutlich als Zielmodell unserer Schulpolitik bezeichnen und alles tun müssen, damit die real existierende Gesamtschule dies auch als glaubwürdig, als überzeugend erscheinen läßt. Das betrifft zum einen die pädagogische Arbeit, die tagtäglich zu leisten ist, hängt aber auch von den Arbeitsbedingungen ab. Die Gesamtschule ist nicht einfach eine von vier Schulformen, sondern leistet als integrierte Schulform besonders schwierige Arbeit. Als Schulform der Zukunft fällt es ihr in besonderer Weise zu, immer wieder innovativ zu sein. Dies muß Konsequenzen bei der Lehrerruweisung, der Sachausstattung, der Gewährung eines innovativen Spielraums haben.

Annäherung mit Profil

Die Strategie „Wandel durch Annäherung“ – ich gebe es zu – ist zunächst aus einer gewissen Verlegenheit geboren: Die Gesamtschule in Hamburg, in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und anderswo erscheint eingepfercht im Gemäuer der Viergliedrigkeit; niemand weiß, wie der befreiende Ausbruch gelingen kann. Deshalb habe ich gegenwärtig nicht mehr anzubieten als den Vorschlag, möglichst viele Löcher in das Gemäuer zu schlagen, möglichst viele Durchbrüche zu schaffen.

Die Strategie „Wandel durch Annäherung“ setzt somit nicht auf die Profilierung, auf die Unterscheidung zwischen den Schulformen, sondern auf deren Abbau. Zugleich ist diese Strategie aber verträglich mit der Profilierung der einzelnen Schule: Je stärker sich Schulen auf die spezifischen Probleme ihres Stadtteils einlassen, je mehr sie den Weg zur „community school“ beschreiten, desto größer werden die Unterschiede zwischen den Gesamtschulen in verschiedenen Stadtteilen, aber eben auch zwischen den Gymnasien.

Vielleicht kann man dann alle Schulen eines Tages Sekundarschulen – meinetwegen auch Gesamtymnasien – nennen, und vielleicht gibt es dafür dann sogar eine Mehrheit in einem Landesparlament.

Klaus-Jürgen Tillmann

* („Ein neues Profil für das Gymnasium?“ in: PÄDAGOGIK, Heft 4/1988)

** („Innere Schulreform im zweigliedrigen Schulsystem?“ in: PÄDAGOGIK, Heft 7/8 1988)